

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3,— M.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Pettizeile 20 Bfg.
Fernruf: Nr. 20.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 292.

Freitag, den 13. Dezember 1918.

75. Jahrgang.

Lloyd Georges Rede über die Kriegskosten.

London, 11. Dez. Im Laufe einer Rede erwähnte Lloyd George, daß die interalliierte Kommission, die Deutschlands Fähigkeit, Kriegskosten zu zahlen, untersuchen soll, noch nicht zusammengetreten sei. Über das britische Reichskabinett habe gestern einen Bericht überreicht, wonach das Kabinett es für möglich halte, die ganzen Kriegskosten von Deutschland zu erhalten, ohne die Befehlsarmee für eine lange Zeitperiode in Deutschland zurückzulassen oder große Posten deutscher Waren anzunehmen. Die Konferenz sei der Ansicht gewesen, daß von den Alliierten mit wirtschaftlichen und internationalen Mitteln der nötige Druck auf Deutschland ausgeübt werden könne. Sobald der Bericht der interalliierten Kommission vorliege, werde er der Friedenskonferenz überreicht werden, die die Forderungen der Alliierten zusammenlegen werde. Diese Forderungen müßten, worin sie immer bestünden, mögen, vor der deutschen Kriegsschuld kommen. Die Alliierten würden in erster Linie die Interessen der Völker berücksichtigen, mit denen Deutschland Krieg geführt habe und nicht die Interessen des deutschen Volkes, das sich dieses Verbrechens gegen die Menschheit schuldig gemacht habe.

Es ist ganz ungeheuerlich, was der Erste Minister Englands an wilden Phantasieren in der Wahlbewegung sich leisten darf. Die Erfüllung seiner Forderung würde bedeuten, daß Deutschland und die Deutschen weit mehr an die Entente zu zahlen hätten als sie überhaupt besitzen. Sie wären also nur noch Schuldbüchse der Entente. Daß der Goldschreiber des Lord Northcliffe so verächtliches Zeug schreiben kann, ist ohne weiteres begreiflich, aber daß der Mann, der an der Spitze Englands steht, es wagen darf, um die Wähler in gewissenloser Art aufzuklären, das ist eine Erscheinung, die auch bei diesem wilden Demagogen, der sich in fünfzehn Jahren vom Produzenten und Antimilitaristen zum Imperialisten, Schutzgeldner und Befürworter einer Sklavenpolitik gewandelt hat, in Erstaunen setzt. Dabei ist diese ganze Darlegung aufgelegt Wahlgeschwindel. Denn dieses Programm ist nicht nur eine dreiste Verhöhnung des Wilsonprogramms, es ist überhaupt gar nicht mehr durchführbar, denn die Entente, also auch Lloyd George, hat sich bereits mit der Forderung Wilsons (keine Entschädigungen), einverstanden erklärt und hat in Bezug auf die Entschädigungsfrage nur den Vorbehalt gemacht, daß alle Privatschäden in den Kriegsgebieten ersetzt werden müßten. Wenn Lloyd George keine dauernde Befassung in Deutschland halten will, so ist klar, daß er an seine ganze Rechnung selbst nicht glaubt. Denn daß die Durchführung solcher Forderungen ohne eine ewige Befassung des Reichs die wirtschaftliche Anreicherung Deutschlands nach dem Muster der Völkerwanderung oder der Eroberung Englands durch die Normannen nicht möglich wäre, weiß auch Lloyd George, so wenig er von den großen Zusammenhängen der wirtschaftlichen Dinge versteht, sehr wohl. Die „Westminster Gazette“ weist denn auch mit Recht auf die Ursachen dieser Rechnung, die in den Wahlen liegen, hin. Aber die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß die Koalition Lloyd Georges siegen wird.

Tast über den Völkerbund.

New York, 11. Dez. Reuters. Tast erklärte bei einem Dinner im Lotus-Club: Wenn von der Friedenskonferenz kein Völkerbund errichtet werde, so sei der Krieg ein Mißerfolg, und es würden auch der Friedensvertrag und der nachherige Friede Mißerfolge sein.

Verhandlungen über Verlängerung des Waffenstillstandes.

Berlin, 12. Dez. Die erste Sitzung der über die Verlängerung des Waffenstillstandes beratenden Delegation ist heute vormittag um 11 Uhr in Trier eröffnet worden. Die Verhandlungen werden in einem D-Zug am Bahnhof geführt. Der strengste Abschuß der Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission wird auch während der Verhandlungen peinlich durchgeführt. Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstandskommission sind nicht nur von jedem Verkehr privater Art mit der Außenwelt abgeschlossen, sondern auch der Meinungsaustausch mit den Vertretern der deutschen Behörden wird ihnen nicht ohne die strengste Kontrolle gestattet. Dieser Vorgang widerspricht jedem Herkommen und steht in schärfstem Gegensatz zu den Bestimmungen des Völkerrechts, umso mehr, als diese Abschließung der Mitglieder der Waffenstillstandskommission im eigenen Lande erfolgt.

Mannheim soll als Repressalie bestraft werden.

Der „Petit Parisien“ meldet, daß die Stadt Mannheim bestraft werden soll als erste Repressalie gegen den Mord französischer Gefangener in Langenlons. Andere Repressalien würden folgen.

Die Herrschaft der Engländer in Köln.

Die Engländer, besonders aber die Schotten, gehen in der Beschlagnahme von kleineren Wohnungen und ganzen Häusern scharf und rücksichtslos vor. In den Vororten wurde sehr viel geplündert. Alle Theater haben auf englischen Befehl geschlossen. Die Uhren auf

dem Brückenkopf Köln wurden laut den Bestimmungen des englischen Besatzungsheeres um eine Stunde zurückgestellt.

Söhne altdeutscher Eltern zur Zwangsarbeit aus dem Elsaß nach Belgien abgeführt.

Berlin, 12. Dez. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir: Etwa 1000 junge Männer, Söhne von altdeutschen Eltern, sind aus Straßburg zur Zwangsarbeit nach Belgien abgeführt worden.

Eine Volkswehr.

Berlin, 12. Dez. Die Reichsleitung trägt sich mit der Absicht, eine Volkswehr zu gründen, die anstelle des früheren stehenden Heeres treten soll.

Der Zentralrat der Soldatenräte der ersten Armee hat über die Bezahlung der immobilen Offiziere den Vorschlag gemacht, in Abänderung der Befoldungsordnung eine Mindestgehaltsgrenze festzusetzen, und zwar 300 Mark Mindestgehalt für ledige Offiziere, 350 Mark Mindestgehalt für verheiratete Offiziere, und 30 Mark Beihilfe für jedes Kind, jedoch nicht mehr als insgesamt 450 Mark.

Die Deutsche demokratische Partei.

Berlin, 11. Dez. Die leitenden Männer der Deutschen Demokratischen Partei sind in diesen Tagen in Berlin zur Beratung des aus dem Kreise der Parteianhänger lebhaft geforderten neuen Programms der Partei zusammengekommen. Der Entwurf wird sehr bald fertig sein und dem Delegiertentag vorgelegt werden.

August und Fr. Thyssen freigelassen.

Die seit dem 6. Dezember unter dem Verdacht des Hochverrats in Haft befindlichen Großindustriellen Fritz und August Thyssen und Eduard Stinnes, sowie die Direktoren der Thyssen-Werke sind gestern abend 7.30 Uhr auf Anordnung des preussischen Ministerpräsidenten Hirsch aus der Haft entlassen worden. Das Verfahren ist wegen der Haltlosigkeit der Anklage eingestellt.

Wilhelm II.

„Daily Express“ veröffentlicht eine Depesche aus Amsterdam, laut der der Kaiser mit deutschen Fachmännern auf dem Gebiete des internationalen Rechtes über seine persönliche Lage Verhandlungen führte. Diese Experten seien in geheimnisvoller Weise in Amerongen eingetroffen und wieder abgereist. Der Kaiser sei gegenwärtig im Begriffe, eine Selbstbiographie und eine Geschichte seiner Regierungszeit zu schreiben, worin er seine Haltung vor und während des Krieges darlege. Diese Arbeit sei für die Veröffentlichung bestimmt und solle für den Fall, daß der Ex-Kaiser vor einen Gerichtshof gestellt wird, als Grundlage für seine Verteidigung dienen.

Die Kaiserin ernstlich erkrankt.

Die frühere deutsche Kaiserin ist in Amerongen (Holland) ernstlich an einem Herzleiden erkrankt. Es wurde telegraphisch ein Arzt aus Berlin herbeigerufen.

Graf Czernin spricht.

Wien, 12. Dez. Graf Czernin, der heute mittag vor Politikern und Zeitungsvertretern die mit großer Spannung erwartete Rede hielt, in der er von neuen bisher unbekannten Dokumenten von hochhistorischer Bedeutung sprach, gedachte immer und immer wieder der deutschen Hilfe. Er sagte u. a.: Wir bezogen monatlich 100 Millionen Mark, um unsere Baluta zu stützen. Eine Summe, die im Laufe des Krieges auf über vier Milliarden Mark angewachsen ist. Trotz dieser außerordentlichen Unterstützung blieb der einzige Weg, zum Frieden zu kommen, Deutschland zu bewegen, einen Frieden mit Opfern zu schließen. Ich behaupte ganz positiv, daß, solange ich im Amte war, ich nur einen Verzichtsfrieden für Deutschland und für uns stets als das Maximum des Erreichbaren dargestellt habe. Die Zukunft wird beweisen, welche unermesslichen Anstrengungen wir gemacht haben, um Deutschland zur Nachgiebigkeit zu veranlassen. Wenn sie alle mißlingen, so liegt die Schuld nicht bei dem deutschen Volke, auch nach meiner Ansicht nicht beim deutschen Kaiser, sondern sie lag bei den führenden deutschen Militärs. Es war schließlich nicht die Schuld, aber jedenfalls meine Anschulldigung für Ludendorff war, daß er die einzige Kraftnatur im deutschen Volke war, und daß er dadurch die ganze Politik auf das Militär geleitet hat. Ein großer Patriot war Ludendorff, aber er hatte das Unglück, die ganze Welt durch Potsdamer Brüllen anzusehen und jeden Friedensversuch zu vermeiden, der keinen Siegesfrieden brachte. Im April 1917 überreichte ich Kaiser Karl ein Exposé, welches von ihm an Kaiser Wilhelm geschickt wurde mit dem Bemerken, er teile meine Auffassung. In diesem Exposé heißt es u. a.: Es ist vollständig klar, daß unsere militärische Kraft ihrem Ende entgegengeht und ein weiterer Winterfeldzug vollständig ausgeschlossen ist. Ich habe die feste Überzeugung, daß auch Deutschland, genau wie wir, am Ende seiner Kraft angelangt ist. Ich bin stets davon durchdrungen,

daß, wenn Deutschland versuchen wollte, einen weiteren Winterfeldzug zu führen, sich im Innern des Reiches Ummwälzungen ergeben würden, welche viel verhängnisvoller wären, als ein von dem Monarchen geschlossener schlechter Friede. Wenn die Monarchen der Zentralmächte nicht instande sind, in den nächsten Monaten den Frieden zu schließen, dann werden es die Völker über ihre Köpfe hinweg machen und werden den Weg der Revolution beschreiten.

Einberufung des Reichstags?

Eine kühnen erregende Mitteilung bringt das „Berliner Tageblatt“. Es geht davon aus, daß die Entente allem Anschein nach tatsächlich nicht genügt ist, mit der sozialistischen Regierung und u. a. S.-Räten Deutschlands zu verhandeln, da sie in diesen Körperschaften keine Vertretung des gesamten deutschen Volkes erblickt. Sie wird daher, nachdem sie seit vier Wochen bereits jeden direkten diplomatischen Verkehr mit der deutschen Regierung vermieden hat, bei Beginn der Verhandlungen über die Verlängerung der Waffenstillstandsfrist in Trier eine dahingehende Erklärung abgeben. Angesichts dieser Sachlage schweben, wie das genannte Blatt erfahren haben will, innerhalb des Kabinetts Verhandlungen darüber, den Reichstag wieder einzuberufen, um der gegenwärtigen Regierung eine parlamentarische Grundlage zu geben. Schon jetzt soll gesagt werden, daß die Regierung mitgedrungen die Folgerungen aus dem Verhalten der Entente wird ziehen müssen. Man rechne daher an unterrichteter Stelle damit, daß der Reichstag bereits Anfang nächster Woche zusammentritt. Eine solche Beschlußfassung des Kabinetts ist am Donnerstag erfolgt. Am Montag nächster Woche soll nun aber, wie gemeldet worden ist, im Reichstagsgebäude die Reichstagsung der u. a. S.-Räte beginnen, die schon vor einiger Zeit auf den 16. 12. nach Berlin einberufen ist. Gutem Vernehmen nach ist der Reichstagspräsident Fehrenbach am Mittwoch aus Freiburg in Berlin eingetroffen.

Eisner für sofortige Einberufung der Nationalversammlung.

München, 12. Dez. In einer großen Volksversammlung hat Eisner gestern Abend seine Genossen, denen gegenüber er sich als radikaler bekannte, zur Ruhe gemahnt. Sie sollten absehen von ihrem Vorhaben, damit die Entente nicht einmarschiere. Die sofortige Einberufung der Nationalversammlung Deutschlands erklärte er für unbedingt nötig.

Politisches.

Höchst a. M. Eine Versammlung der national-liberalen Partei unseres Reichstags-Wahlkreises Höchst-Homburg-Alfingen stimmte nach längerem Meinungsaustausch einer Entscheidung wie folgt zu: „Die national-liberale Partei im 1. Nassauischen Reichstagswahlkreis löst sich auf und tritt geschlossen der Deutschen Volkspartei als Bezirksgruppe bei. Der Vorstand der letzteren wird ersucht, auf Einigung der „Deutschen Volkspartei“ mit der „Deutschen demokratischen Partei“ zu einer großen demokratischen Partei hinzuwirken.“

Volkswirtschaft.

* Folgen des Rohmaterialmangels. Wie gemeldet wird, sind die industriellen Betriebe in Rheinland und Westfalen vielfach nicht instande, die bisher erteilten Aufträge der Eisenbahnverwaltung auszuführen, da infolge der Unterbindung der Erzfuhre durch die Waffenstillstandsbedingungen die Erzeugung von Stabeisen durchaus unzureichend ist. Es fehlt vor allem an Rohmaterial, wie z. B. Profileisen.

* Auktionsverkauf in England. Der Präsident des englischen Handelsministeriums teilt in einer Erklärung an die Presse mit, daß die mit den Eisenbahnarbeitern getroffene Regelung die Einführung des Auktionsverkaufes für das gesamte Eisenbahnpersonal vom 1. Februar ab enthält.

* Garne vom Meer für die bürgerliche Bevölkerung. Die Stoffnot wird auch von der Seereiseverwaltung nach Wädolke gemildert werden. Alle beim Meer frei werdenden Rüßgarne, Web-, Wirt-, Filz-, Strick- und Seltenerwaren und daraus hergestellte Gegenstände werden, soweit sie wieder verkehrsfähig sind, zur Verfügung gestellt. In erster Linie sollen alle Rüßgarne abgegeben werden.

* Fischereiführer. Entgegen umlaufenden Gerüchten muß auch die Zentralisation der Fischereiführer zunächst unbedingt beibehalten werden, um eine unerträgliche Preissteigerung zu vermeiden. Fischwaren aller Art, die von anderen als den zuständigen Einfuhrstellen zur Einfuhr gelangen, werden daher nach wie vor in der üblichen Form an der Grenze beschlagnahmt.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 13. Dezember 1918.

* (Die Bildung von Bauernräten.) Der „Nassauische Bauern-Rat“, Beilage zum Amtsblatt der Landwirtschaftskammer, schreibt: Die Bildung von Bauernräten schreitet im Nassauer Land schnell vorwärts. Fast in der ganzen Regierungsbezirk Wiesbaden mit Bauern- und Arbeiterräten überzogen. In einzelnen Kreisen allerdings fehlt es noch an örtlichen Organisa-

tionen. Verschiedentlich hat man geglaubt, es genüge, wenn man einen Kreisbauernrat als „Beratende Stelle beim Landratsamt“ bilde. Diese Annahme ist irrig, und es muß hier von vornherein gesagt werden, daß Bauernräte oder Kreisbauernräte, die auf Veranlassung des Landratsamts gegründet werden oder gegründet worden sind, nur von kurzer Lebensdauer sein können. Der Landrat soll nicht in irgend einer Eigenschaft, auch nicht etwa als Vorsitzender eines landwirtschaftlichen Bezirksvereins, in der Agitation zur Bildung von Kreisbauernräten und Kreisbauernräten in Erscheinung treten, denn er ist ja derjenige, der kontrolliert werden soll.

* Die Zahl der preussischen Gerichtssassen beträgt zurzeit rund 4000 und ist seit Jahren im ständigen Steigen begriffen. Mit geringen Ausnahmen müssen diese voraussichtlich unentgeltlich tätig sein, zum Teil mit einem Dienstalter über zehn und einem Lebensalter von über vierzig Jahren. Zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage haben sich daher die Assessoren des Oberlandesgerichtsbezirks Frankfurt a. M. zu einem Verein zusammengeschlossen, der die sofortige Gründung eines alle preussischen Oberlandesgerichtsbezirke umfassenden Verbandes erstrebt.

Limburg. Dem „Nass. B.“ zufolge gehört auch die Stadt Diez zur neutralen Zone.

Hochst. Der Apfelmarktpreis zeigt noch keine Ermäßigung, wie die nachfolgende, dem „Kreisblatt“ berichtete Liste ergibt. Es kostete am letzten Sonntag der Schoppen in Münster beim Caffer, in Schwabheim und Nied 50 Pfg., in Neuenhain 70 Pfg., in Soden 90 Pfg. und beim Ramp in Buchenhausen sogar 1 Mark. Dieses Getreide segelte allerdings unter der Flagge „Speierling“.

Frankfurt a. M. Die Infanterieregimenter 171 und 368 von der 115. Inf.-Division hielten am Donnerstag mittag ihren Einzug in die Stadt, um sofort ihres Amtes als Pölgeltruppe in Frankfurt zu walten. Die Truppen nahmen in der Gutfahrtshausen Quartier.

Aus der Rhön. Gegen eine große Zigeunerbande, die seit Wochen die südliche Rhön unsicher machte, mußte schließlich von Kissingen aus eine große Militärmacht aufgebracht werden. Dieser gelang es, die Bande einzukreisen und durch Verhörung mit Waffengewalt, u. a. mit Maschinengewehren, festzunehmen. 38 männliche Zigeuner wurden nach Kissingen verbracht.

Worms. Nach einer summarischen Schätzung hat die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte für die Stadt Worms eine Belastung von 400 000 Mark gebracht.

Aus der Pfalz. Si Douchheim warf ein zwölfjähriger Schüler einen Feuerwerkskörper unter ein fahrendes Auto mit französischem Militär. Durch die Explosion entstand an dem Auto ein Schaden. Infolge dieses Vorfalls wurde der Gemeinde eine Geldbuße auferlegt, zu der jede Familie herangezogen wird. Die ganze Gemeinde muß unter einem solchen Lausbubenstreich leiden.

Verforgungsansprüche der Soldaten. Verforgungsansprüche können nach einer Anordnung des preussischen Kriegsministeriums angemeldet werden vor der Entlassung beim Truppenteil, d. h. bei der Dienststelle, die die Entlassung — ordnungsmäßig oder befristungsmäßig — bewirkt; ferner nach der Entlassung bei dem für den Wohnort zuständigen Bezirkskommando (Bezirksfeldwebel). Aber Verforgungsansprüche ist bestimmungsgemäß jeder Soldat vor seiner Entlassung vom Truppenteil zu beilegen. Da unter den obwaltenden außergewöhnlichen Verhältnissen diese Beilegung nicht überall stattfinden kann, sind alle Bezirkskommandos (Bezirksfeldwebel) sowie alle Verforgungsämter angewiesen worden, jedem entlassenen Soldaten, der sich mit Anfragen über seine Verforgungsansprüche an sie wendet, Auskunft zu erteilen und ihm zur Förderung seiner Verforgungsangelegenheiten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Neue Reichsbanknoten. Es werden demnächst Reichsbanknoten zu 1000 Mark und zu 100 Mark ausgegeben werden, die sich von den Noten zu 1000 Mark mit dem Datum des 1. April 1910 und den Noten zu 100 Mark mit dem Datum des 7. Februar 1908 nur dadurch unterscheiden, daß die beiden Stempel und die Nummern anstatt in roter Farbe in grüner Farbe gedruckt sind.

Abbau der deutschen Kunst im besetzten Osten. Das deutsche Theater in Vilna hat seine Tätigkeit einstellen müssen. Das deutsche Theater in Riga hat seine Pforten schon vor einiger Zeit geschlossen, und das deutsche Theater in Miga dürfte auch kaum weiter bestehen können.

Die königlichen Postkassen. Allen Anschein nach werden die bisher königlichen Postkassen auch unter den neuen Verhältnissen weiter bestehen. Bei Postkassen und Briefkästen ist nur das Prädikat „königliches“ weggefallen. Der preussische Reichspost hat jetzt lediglich Hauptpostamt Graditz.

Postverkehr von Berlin aus. Die Firma Schütte-Lang in Berlin bei Königsplatz hat von der Inspektion der Fliegertruppen die Genehmigung zur Eröffnung eines Luftpostverkehrs von Berlin nach allen Teilen Deutschlands für Personen und Sachen erhalten. Für die Benutzung der Flugzeuge ist ein tarifmäßig festgesetzter Satz von 100 Mark zu entrichten, der zurzeit noch etwas hoch ist, aber bei Steigerung des Verkehrs bald sinken dürfte.

Die Kathedrale von Reims. Daß das Schicksal der Kathedrale von Reims lange nicht so schlimm ist, wie man es während des Krieges darsustellen suchte, bestätigt jetzt ein Brief des Kardinals Luçon in einem Pariser Blatt. Die Kathedrale, so heißt es dort, sei wieder hergestellt, man müsse nur die Mauer sofort überdecken, um sie vor dem Winterwetter zu schützen.

Ein Flugdienst für die Friedenskonferenz. Der „Times“ zufolge will man wegen der übermäßigen Belastung der Telegraphenlinien für die Friedenskonferenz einen regelmäßigen Flugdienst einrichten, dessen sich auch die Presse für ihre Telegramme bedienen können.

Gratzpost in Russland. Einer Moskwa-Meldung zufolge hat das russische Volkskommissariat eine Verordnung erlassen, nach der Briefe bis zum Gewicht von 15 Gramm und Postkarten frei befördert werden. Auch für solche Briefe und Postkarten, die unfrankiert aus dem Ausland eintreffen, braucht kein Porto bezahlt zu werden. Die russische Regierung beabsichtigt, auch anderen Regierungen vorzuschlagen, daß sie die gleiche Reform einführen.

Kameraden, mehr Würde! Im Sprechsaal der Frankfurter Oderzeitung finden wir folgende zeitgemäße Mahnung eines Frontsoldaten des Grenadier-Regiments Nr. 12: „Was ist als langgedienter Soldat die Strafen Frankfurt durchwandert, dem muß eine Wankelheit nach der andern überlaufen. Abgerissene Kollarten, offenkundige Mordt und Mordt sind unter euch an der Tagesordnung. Selbst geschlossene Abteilungen sieht man, die Hände in den Hosentaschen, Gewehrwindung gefesselt, zur Wache latenden Kameraden, warum solche Wankelheiten? Wagt ihr denn in Bist mit offener Wunde ohne Kränzen spazieren zu gehen? Freilich geben sich in solchen Auslagen fast nur Deimat- und Clappenkrieger her. Frontsoldaten, mögen sie sich zu dem neuen Rufe stellen, wie sie wollen, mögen sie politisch noch so vertrieben denken, sind sich für derartige Albernheiten zu schade. Wer, wie Schreiber dieser Zeilen, jahrelang Auge in Auge mit dem Feinde für seine Heimat unter größten Entbehrungen auf Tod und Leben gekämpft hat, wird seine selbstgegründete Uniform immer als ein rein zu haltendes Ehrenkleid ansehen. Sind das denn die Erntegeschichten der neuen Freiheit, daß der Soldat, der augenblickliche Träger der Staatsgewalt, wie ein Vandalenherd herumläuft? Kameraden, wer Rechte hat hat auch Pflichten! Wenn wir das Vertrauen unserer Mitbürger gewinnen wollen, müssen wir uns auch äußerlich danach halten! Darum nochmals: Mehr Würde, Kameraden!“

Die Nordsee wimmelt von Fischen. Aus Skagen meldet man einem schwedischen Blatt: Alle sind sich darüber einig, daß niemals seit Menschengedenken das Meer so großen Reichtum an Fischen und besonders an Heringen aufzuweisen hatte wie jetzt. Die Fischer, die aus der Nordsee kommen, berichten, daß das Meer förmlich von Fischen wimmelt, und zwar nicht nur von kleinen Fischen, sondern von großen Dorsch und großen, vollwertigen Schollen und Flundern. Diese Erscheinung ist leicht erklärlich. In den letzten vier Jahren ist nicht viel in der Nordsee gefischt worden, jedenfalls nicht im Verhältnis zu dem, was in normalen Zeiten gefischt wird. Wenn die Zeit kommt, in der die Flotten wieder unbedeutend in die Nordsee können, müssen die skandinavischen Fischer auf einen Wettbewerb wie nie vorher gefacht sein. Deutschland ist dabei, einen mächtigen Fischereihafen in Wilhelmshafen zu bauen, und alles deutet darauf hin, daß Deutschland und England sich mit allen Kräften tüßen, um an den Reichtümern des Meeres teilzunehmen.

Das Habitat auf der Nacht. Die Deutsche Tageszeitung brachte kürzlich folgenden Interat: „Suche zum sofortigen Ankauf in Nordfriesland, nördlich der Linie Flensburg—Løndern oder angrenzend, einen Hof von etwa 100 bis 500 Morgen mit anständigem Wohnhaus, etwas Holz und Wasser, wenn möglich mit elektrischem Licht. Hohe Anzahlung, event. Auszahlung wird geleistet. Ich bitte die Herren Besitzer, die einen günstigen Verkauf wünschen, sofort mit mir in Verbindung zu treten und genaue Angaben zu machen. Diskretion gesichert.“ Hier folgt die Firma eines bekannten Vermittlungsinstituts. Nördlich der Linie Flensburg—Løndern — das ist hier besonders zu beachten — liegt das Gebiet, auf das Dänemark Anspruch erhebt. Jemand, der aus der Not und dem Blut des deutschen Volkes Millionen gemünzt hat, glaubt dort anscheinend vor der Steuerpolitik der deutschen sozialistischen Republik sicher zu sein. Die Konjunktur ist aus. Nun gilt es, das Gold zu retten. Reste Patriotent!

Letzte Nachrichten.

Belegung der neutralen Zone?

Frankfurt a. M., 13. Dez. Bei den Waffenstillstandsverhandlungen in Trier erklärte Todt, daß sich die Entente wegen unzureichender Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen auch die Belegung der neutralen Zone vorbehalten müsse. Die Verhandlungen darüber gehen weiter.

Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in Preußen.

Berlin, 13. Dez. (Mittl.) Die preussische Regierung hat bestimmt, daß die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung in Preußen acht Tage nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Nationalversammlung stattfinden sollen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Bed.

Bank für Handel und Industrie.

(Darmstädter Bank.)

Agentur Herborn.

Fernruf Nr. 45. Herborn. Dillstrasse.

Reichsbank-Giro-Konto. Postscheck-Konto Frankfurt a. M. Nr. 7765

Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Die BANK FÜR HANDEL & INDUSTRIE, Agentur Herborn, empfiehlt sich zur Ausführung aller bankmässigen Geschäfte wie:

An- und Verkauf von Wertpapieren, Geldsorten u. s. w., Diskont-, Scheck- und Konto-Korrent-Verkehr.

Aufbewahrung und vollständige Verwaltung von Wertpapieren und Wertgegenständen aller Art.

Vermietung von eisernen Schrankflächen.

Annahme von Bar-Depositen gegen Ausstellung von Einlagebüchern.

Die Bank für Handel & Industrie ist „laut Bekanntmachung der Grossherzoglich-Hessischen Regierung vom 17. August 1900“ in Hessen zur Annahme von Mündelgeldern geeignet.

Wer die demokratische Republik für alle Deutschen will, muß seinen Beitritt zur Deutschen demokratischen Partei sofort erklären! Anmeldungen erbeten an den Demokratischen Verein Herborn.

Anzeigen.

Verkauf von Reichsware.

Die unterzeichnete Kreisbekleidungsstelle läßt von Dienstag, den 10. ds. Mts. an zur Erwerbung durch die minderbemittelte Bevölkerung (Einkommen unter 3000 Mark) des Distriktes in den nachbez. Linien bezeichneten verkaufen:

336 Anabenhemden Verkaufspreis 5,85, 15,60 M.
336 Mädchenhemden „ 4,85, 14,50 „

Verkaufsgeschäfte:

In Dillenburg: W. Berns, A. Canstein, C. Fischer, A. H. König, C. Paparose, Th. Schneider, A. Schrey.

In Herborn: O. Bausch, L. Hecht, Gebr. Heun, G. W. Hoffmann, Ed. Krieger, L. Vehr, Chr. Diskator, J. G. Schupp.

In Haiger: Fr. Busch Nachf., C. Hoffmann, O. Menk, C. Schneider, H. Schönauf, H. Strauß.

Beim Verkauf ist Bezugsschein und Bescheinigung der Ortsbehörde vorzulegen.

Dillenburg, den 10. Dezember 1918.

Die Kreisbekleidungsstelle
Dr. C. Dönges.

Verkauf von Reichsware.

Die unterzeichnete Kreisbekleidungsstelle läßt von Montag, den 16. ds. Mts. an zur Erwerbung durch die bedürftige Bevölkerung des Distriktes in den nachbez. Linien bezeichneten verkaufen:

768 Erstklinghemden Verkaufspreis 2,60 Mk.
432 Kabelbinden „ 1,00 „

In Dillenburg: Therese Schneider

In Herborn: Gebr. Heun

In Haiger: H. Schraudebach.

Beim Verkauf ist Bezugsschein und Bescheinigung des dringendsten Bedarfs durch die Ortsbehörde vorzulegen.

Dillenburg, den 12. Dezember 1918.

Die Kreisbekleidungsstelle
Wilhelmstr. 1, IV.

Ein
Dienstmädchen
gesucht.

Hauptstr. 8.

Kleines
Haus m. Garten

in Herborn od. Umgebung, an Bahnstation gelegen, zu mieten eotl. zu kaufen gesucht. Schriftl. Angebote unter F. C. 4036 an Rudolf Mosse, Gießen.

Möbl. Zimmer

ruhig, am liebsten b. einzelnen Leuten in Herborn, Dillenburg od. Umgebung von Geschäftsreisenden für sofort gesucht. Angeb. unter D. a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Vanillezucker Ia.,
Kirschhornsalz,
Backpulver,
Backoblaten
empfiehlt

Drogerie A. Doeinck

4 Kilo Zinn

zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Preuß. Süddeutsche
Klassen-Lotterie.

Zur 1. Klasse
(Ziehung 7. u. 8. Jan.)

1/4 1/4 Lose.
à M. 10 à M. 5

Siegen. R. Stauff,
Loti-Einnehmer.

Leichter

Schlitten

für 2 Personen, ein- und zweispännig zu fahren, zu kaufen gesucht.

Angebote unter F. W. 2137 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kirchliche Nachrichten.
Sonntag, 15. Dezember
(3. Advent).

Herborn:

10 Uhr: Hr. Pfr. Conradi
Predigt: 39, 42, 43

11¹/₂ Uhr: Gottesdienst u. Abendmahl f. Taubstumme.

1 Uhr: Kindergottesdienst
1¹/₂ Uhr in der Kirche:

Herr Professor D. Anodi und andere: Vortrag: „Die Bibel und die Bildung“.

Burg:

2 Uhr: Hr. Pfr. Conradi
3¹/₂ Uhr: Kindergottesdienst
Tausen und Trauungen:
Hr. Dek. Prof. D. Haußen.

Mittwoch abends 8¹/₂ Uhr:
Jünglingsverein i. Vereinsh.
Donnerstag abds. 1¹/₂ Uhr:
Bibelfunde i. d. Aula.